

**CONV 505/03**

# **NEW VERSION**

**CONTRIB 206**

## **ÜBERMITTLUNGSVERMERK**

---

des	Sekretariats
für	den Konvent

---

<u>Betr.:</u>	Beitrag von Herrn Jacob Söderman, Beobachter beim Europäischen Konvent
	- "Die Funktionsweise der Organe"

---

Der Generalsekretär des Konvents hat den in der Anlage wiedergegebenen Beitrag von Herrn Jacob Söderman, Beobachter beim Europäischen Konvent, erhalten.

Straßburg, den 23. Januar 2003

**Beitrag des Europäischen Bürgerbeauftragten zum Europäischen Konvent**

***„Die Arbeitsweise der Institutionen“***

Bei der Ausarbeitung der Verfassung sollte die Meinung der Bürger zur Arbeitsweise der Institutionen der Union berücksichtigt werden. Der folgende Beitrag basiert auf meinen siebenjährigen Erfahrungen als Europäischer Bürgerbeauftragter bei der Bearbeitung von Beschwerden der Bürger.

**Transparenz**

Die Bürger Europas sind nach wie vor der Ansicht, dass sich die Arbeit der Institutionen zu sehr im Verborgenen vollzieht.

Bei vielen Organen und Einrichtungen der Union haben die letzten zehn Jahre deutliche Fortschritte auf dem Weg zu mehr Transparenz gebracht, doch bleibt noch viel zu tun.

Die Demokratie ist ein Grundwert und Transparenz ist ein wesentlicher Bestandteil der Demokratie. Die Verfassungserklärung zu den Grundwerten sollte dem dadurch Rechnung tragen, dass die durch den Amsterdamer Vertrag hinzugefügte Formulierung, wonach Entscheidungen in der Union „möglichst offen“ zu treffen sind (Art. 1 EUV), beibehalten wird.

Die Gesetzgebungsorgane der Union sollten normalen demokratischen Grundsätzen entsprechen, indem sie öffentlich tagen. Darauf wird im Vorentwurf des Verfassungsvertrags (Art. 36), im Verfassungsentwurf von Herrn BROK (Art. 104) sowie im Entwurf mit dem Arbeitstitel „Penelope“ (Art. 87.2) verwiesen, der unlängst dem Konvent als Beitrag übermittelt wurde (CONV 481/03).

Der Amsterdamer Vertrag sah – bis auf notwendige Ausnahmen – auch das Recht der Öffentlichkeit auf Zugang zu Dokumenten vor (Art. 255 EGV). Diese Bestimmung war auf Dokumente des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission beschränkt. Wie ich erfreut feststellen konnte, wird im „Penelope“-Entwurf (in Art. 87) vorgeschlagen, dass das Recht auf öffentlichen Zugang für alle Organe und Einrichtungen der Union gelten sollte.

**1.1.1.1. Gute Verwaltung**

Die Bürger Europas empfinden die Arbeitsweise der Institutionen auch als zu bürokratisch. In sämtlichen Mitgliedstaaten wünschen sich die Bürger eine gut geführte Verwaltung, die offen, rechenschaftspflichtig und dienstleistungsorientiert ist.

Auch auf diesem Gebiet sind wichtige Fortschritte erzielt worden.

Durch den Maastrichter Vertrag wurde die Institution des Europäischen Bürgerbeauftragten eingerichtet, um die Beziehungen zwischen den Bürgern und der Union zu verbessern, insbesondere durch das Aufgreifen von Missständen in der Verwaltung. Die Organe und Institutionen haben sich

als kooperativ erwiesen und sind bemüht, auftretende Missstände abzustellen.

Mit der Charta der Grundrechte wurde erstmals das Recht auf eine gute Verwaltung in ein internationales Dokument zur Menschenrechtsthematik aufgenommen. Um dieses Bürgerrecht zu konkretisieren, hat das Europäische Parlament einen Kodex für gute Verwaltungspraxis verabschiedet, der die wichtigsten Grundsätze des Verwaltungsrechts enthält.

In nahezu allen Mitgliedstaaten gibt es eine allgemeine Rechtsvorschrift mit entsprechenden Bestimmungen. Die Bürger Europas können nicht verstehen, warum keine vergleichbare Rechtsvorschrift die Arbeitsweise der Organe und Institutionen der Union regelt. Um diesem Zustand abzuhelpen, sollte die Verfassung eine eindeutige Rechtsgrundlage für ein europäisches Verwaltungsrecht schaffen.

#### 1.1.1.2. Rechtsstaatlichkeit

Des Weiteren möchten die Bürger Europas, dass die Arbeitsweise der Institutionen die Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechte fördert.

Die Rechtsstaatlichkeit erfordert wirksame Rechtsbehelfe für den Fall, dass Rechte nicht geachtet werden. Es ist von wesentlicher Bedeutung, dass die Verfassung entsprechende Rechtsbehelfe vorsieht und dass die Bürger präzise über ihr Vorhandensein informiert werden.

Im Laufe der Jahre hat sich die Praxis herausgebildet, dass die Bürger ihre Beschwerden an die Kommission als „Hüterin der Verträge“ richten. Die Kommission ist nach Artikel 226 EGV befugt, gegen Verletzungen des Gemeinschaftsrechts durch Mitgliedstaaten vorzugehen.

Wenn an die Stelle des Vertrages eine Verfassung treten soll, namentlich eine Verfassung mit Grundrechtsgarantien, so erfordert dies ein gründliches Nachdenken über die Rolle der Hüterin der Verträge. Es muss eine Organisationsform gefunden werden, die den Bürgern deutlich macht, dass Rechtsstaatlichkeit eine lebendige Realität ist und dass niemand über dem Gesetz steht. Eine Möglichkeit würde darin bestehen, in der Kommission einen Beauftragten mit spezieller Zuständigkeit für diesen Aufgabenbereich zu benennen.

Die Verfassung sollte den Bürgern auch Auskunft über die in den Mitgliedstaaten vorhandenen Rechtsbehelfe geben. Am wichtigsten ist die Anrufung inländischer Gerichte, aber daneben besteht auch ein Netz außergerichtlicher Organe wie Bürgerbeauftragte und Petitionsausschüsse, die vielfach rasch und wirksam helfen können. Der schriftliche Beitrag, den ich dem Konvent im Juli letzten Jahres übermittelte (CONV 221/02), enthält nähere Angaben zum Netz und seiner möglichen Rolle bei der praktischen Umsetzung der Grundrechtscharta.